

Rieser und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger) Tagesblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tagesblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Rieser Tagesblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postkontos: Dresden 1588
Circulasse Riesa Nr. 52.

Nr. 159.

Donnerstag, 10. Juli 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für Monat 2 M. 50 Pf. durch Post, 2 M. 25 Pf. durch Boten. Für den Post des Eintrags von Probationsleistungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewöhr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Druckzeile (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 69 mm breite Reklamzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erzielt, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Anzeigungsverträge werden ohne Rücksicht auf die Zeit der Abgabe angenommen. In der Abgabe ist die Anzeigenscheinung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Panger & Winterlich, Riesa. Geschäftliche: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigentel: Wilhelm Dittich, Riesa.

Die Haltung Deutschlands.

W.D. Durch die gegenwärtigen französisch-englischen Besprechungen und die unter Ausschluß Deutschlands getroffenen Vorbereitungen zur Londoner Konferenz wurde die ganze Aufmerksamkeit der politischen Kreise auf die Haltung Englands und Frankreichs gerichtet, während die Stellungnahme Deutschlands bei den gegenwärtigen Erörterungen kaum in Betracht gezogen wird. Dieser Zustand ist der beste Beweis für die Tatsache, wie notwendig es sein wird, die Position Deutschlands in der europäischen Politik wieder zu befestigen. Man wird es später einmal kaum verstehen können, wie es nur möglich sein konnte, daß die alliierten Regierungen Abmachungen über Abmachungen treffen, ohne auch nur ein einziges Mal ernsthaft den Versuch unternommen zu haben, die Vertreter Deutschlands, das doch bei der ganzen Angelegenheit einer der Hauptinteressierten ist, hinzuzuziehen.

Die Londoner Konferenz soll nach Ankündigung des Büros etwa acht bis zehn Tage dauern. Die Hinzuziehung Deutschlands würde erst erfolgen, nachdem sich die Alliierten einig geworden sind. Unter Umständen wäre also damit zu rechnen, daß die Vertreter der deutschen Regierung in London kaum zwei oder drei Tage zur Verfügung haben werden, um den deutschen Standpunkt vorzutragen. Das sind Ansichten, die auf die deutschen politischen Kreise geradezu niedererschütternd wirken müssen. Erst wochenlange Auseinandersetzungen unter den Alliierten, dann zweiseitige Besprechungen mit Deutschland! Diese Methode, die man seit dem Versailler Vertrag Deutschland gegenüber angewandt hat, hat dazu geführt, daß selbst die weittragendsten deutschen Vorschläge niemals geandert zur Erörterung gelangen konnten, weil es den deutschen Regierungen einfach unmöglich gemacht worden war, mit ihren Forderungen in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit durchzubringen. Bei der Londoner Konferenz handelt es sich zunächst um die Frage der Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens. Die deutsche Regierung ist der Meinung, daß sie einwilligliche Abmachungen nur dann eingehen kann, wenn im Zusammenhang mit diesem Problem eine Regelung der Räumung des Ruhrgebietes erfolgt. Die diese Regelung ausfallen wird, ist zunächst von sekundärer Bedeutung. Hauptfrage ist und bleibt die Frage, was aus dem Ruhrgebiet werden soll und wie lange Frankreich die Besetzung aufrecht zu erhalten gedenkt. Deutschland fordert nicht, daß die Ruhr heute oder morgen geräumt werden soll, sondern Deutschland will wissen, ob es mit einer Freigabe des Ruhrgebietes in absehbarer Zeit rechnen kann. Stellen sich vielleicht die Alliierten vor, daß man sich in Deutschland damit abfinden würde, Reparationen zu leisten, während Frankreich das nichtige deutsche Industriegebiet besetzt hält? Minister Dr. Stresemann hat bereits den Grundgedanken aufgestellt, daß Deutschland bereit ist, das Sachverständigen-Gutachten anzunehmen, um durch Zahlungen das Ruhrgebiet zu befreien. Nimmerehr sind die alliierten Regierungen verpflichtet, die Antwort darauf zu geben, ob und wann das Ruhrgebiet befreit wird.

Der französische Ministerpräsident Derriot hat dem deutschen Botschafter, von Dorel, bei seiner letzten Unterredung nichts entgegenhalten können, als der Botschafter darauf hinwies, daß die Reichsregierung darauf bestehen müsse, die Frage der Räumung des Ruhrgebietes in London zur Sprache zu bringen. Vielmehr erklärte er, daß er dagegen nichts einzuwenden habe. Sache der deutschen Regierungsvorsteher wird es sein, auf der Londoner Konferenz eine klare Position zu fordern. Wir glauben, schon jetzt versichern zu können, daß eine Antwort auf die hier gestellte deutsche Frage erteilt werden wird. Im anderen Falle würde nämlich eine Unterzeichnung des Londoner Protokolls durch Deutschland nicht erfolgen und die deutschen Vertreter würden die Konferenz ohne Ergebnis verlassen.

Die Antwort auf die deutsche Note.

Paris. Die Botschafterkonferenz hat gestern abend der deutschen Botschaft die Antwort auf die deutsche Note vom 30. Juni betreffend die Militärkontrolle übermittelt. Es wird folgendes Kommuniqué veröffentlicht:

Ohne aufs neue auf die verschiedenen in der deutschen Note entwickelten Gedankenengänge einzugehen, nahmen die Verbündeten mit Genehmigung Kenntnis von der Einwilligung des deutschen Kabinetts in die Generalinspektion, die von der Interalliierten Kontrollkommission vorgenommen werden wird. Sie betont außerdem, daß die Abberufung der Kontrollkommission nicht nur von den zufriedensstellenden Ergebnissen der allgemeinen Untersuchung abhängig gemacht wird, sondern ebenfalls von der Ausführung der 5 Artikel. Was die Ausführungsmodalitäten der Kontrolle anbelangt, so wird es Aufgabe der Interalliierten Kontrollkommission sein, in dem Geiste, von dem die letzten Mitteilungen der verbündeten Mächte an die deutsche Regierung eingegeben waren, die nützlichsten Anordnungen zu prüfen, welche diese Regierung für unterbreiten könnte. Der offizielle Text der Note wird erst nach einer Verständigung mit den Mächten, die sie unterzeichnet haben, veröffentlicht werden, sobald die deutsche Regierung im Besitze des Dokumentes ist.

Von deutscher Seite wird betont, daß die Antwort der Botschafterkonferenz in sämtlichen Punkten ein Entgegenkommen gegenüber den deutschen Wünschen enthält. In der von Deutschland angeregten Frage, die Modalitäten der Kontrolle im Einverständnis mit der deutschen Regierung vorzunehmen, gibt die Note uns vollkommene Gewissung. Sie spricht ausdrücklich von dem Rechte Deutschlands, in diesem Punkte Anregungen zu geben und die Form der Kontrolle zu bestimmen. Betreffend die Dauer

Das Ergebnis der Besprechungen von Paris.

Paris. Das Ministerium des Innern veröffentlicht eine von den beiden Ministerpräsidenten gemeinsam abgefaßte Note, die als eine schriftliche Zusammenfassung der in englischen Memorandum, das veröffentlicht wurde und dem französischen Memorandum, dessen Veröffentlichung vermutlich unterbleiben wird, niedergelegten Gesichtspunkte aufzufassen ist. Die Note ist im Großen und Ganzen als ein Rückgang Macdonalds gegenüber dem französischen Standpunkt zu bewerten. Die Note gibt unter § 1 an, daß das ausschließliche Ziel der Konferenz am 16. Juli in der Besprechung der Modalitäten der Ausführung des Sachverständigen-Gutachtens bestehen werde. Weiter behandelt die Note ausführlich die Rolle der Reparationskommission im Zusammenhang mit der Einsetzung des Sachverständigen-Ausschusses und dessen Arbeiten. Sie enthält eine Ankündigung auf den Brief vom 17. April der Reparationskommission an die verbündeten Regierungen, in dem festgesetzt wird, daß gewisse Maßnahmen zur Ausführung des Sachverständigen-Gutachtens durch die verbündeten Mächte notwendig waren. Unter § 5 wird erklärt, daß die verbündeten Mächte auf der Konferenz am 15. Juli in London die Annahme der Schlussfolgerungen des Dowe-Berichts erneut bestätigen werden.

Weiter heißt es, die Abmachungen, die getroffen würden, würden nicht die Autorität der Reparationskommission beeinträchtigen. Aber angesichts der Tatsache, daß die Anleihebedauer 800 Millionen Goldmark aufbringen sollen, Wertpapiergarantien anzustellen bekommen, werden die beiden Regierungen Anstrengungen unternommen, um die Anwesenheit eines Amerikaners in der Reparationskommission durchzusetzen, für den Fall, daß diese eine Verfehlung Deutschlands feststellen sollte. Falls diese Lösung nicht möglich sein sollte und falls die Mitglieder der Reparationskommission sich über die Auslegung des Tatbestandes nicht einigen könnten, würden die beiden Regierungen empfehlen, daß die Kommission einen Treuhänder, der amerikanischer Nationalität sein müßte, heranziehen würde. Der Dowe-Bericht enthält Bestimmungen, daß die einzelnen Kontrollkörpercharaktere einzelnen Verfehlungen vorbeugen. Eine willkürliche und bedeutende Verfehlung würde alsbald die Frage der Vona fides Deutschlands aufwerfen. Für den Fall, daß die Reparationskommission eine solche Verfehlung erörtern sollte, verpflichten sich die in Frage kommenden Regierungen, sich ausführlich über die Mittel zu verständigen, um die Maßnahmen auszuführen, über die sie sich zu ihrem eigenen Nutzen und zum Schutze der Interessen der Geldgeber zu verständigen haben werden.

Der Plan, demzufolge die wirtschaftliche und fiskalische Einheit des Reiches wieder hergestellt sein wird, sobald die Reparationskommission festgestellt hat, daß das Sachverständigen-Gutachten ausführt ist, wird von der interalliierten Konferenz entworfen werden. Die Reparationskommission wird ersucht werden, Anregungen zur Ausarbeitung dieses Planes zu studieren und sie der interalliierten Konferenz zu unterbreiten. Für den Fall, daß die Erfüllung der Notwendigkeit von Änderungen an dem Sachverständigenplan ergehen sollte und die Reparationskommission nicht mehr über ausreichende Vollmachten verfügt, so könnten diese Änderungen nur mit allen notwendigen Garantien und bei einer gemeinsamen Verständigung der in Frage kommenden Regierungen angebracht werden.

Am Schluß der Note wird erklärt, daß die Frage des Sicherungsproblems Gegenstand eines vorläufigen Meinungsaustausches gebildet habe. Es wird in der Note die Notwendigkeit betont, daß entweder durch Vermittlung des Völkerbundes, oder auf einem anderen Wege das Sicherungsproblem weitergeprüft werden müsse, bis eine einseitige Lösung gefunden ist. Außerdem fand ein Meinungsaustausch über die Frage der interalliierten Schulden statt. Die beiden Regierungen erklärten sich in dieser Hinsicht bereit, daß sie mit den in Frage kommenden Regierungen eine angemessene Lösung dieses Problems erstreben werden. Diese Frage wird vorläufig Gegenstand einer ersten Prüfung der Sachverständigen des Schagantes bilden. Die Annahme dieser beiden Stellen betreffend das Sicherungsproblem und die interalliierte Schuldenfrage wird in den nächsten diplomatischen Kreisen als ein Erfolg Derriotics gebucht.

Empfang der Pressevertreter.

Paris. Macdonald und Derriot haben gestern um 3 Uhr nachmittag die Presse empfangen. Macdonald schickte den offiziellen Verkaufsbedingungen folgende Erklärungen voraus: Das Mißverständnis zwischen Paris und London sei völlig unbegründet gewesen. Beiderseits sei

gleichermaßen guter Wille vorhanden. Es werde eine Mitteilung an die Presse ergehen, die das gemeinschaftliche Empfinden der beiden Regierungen darlegen werde, dessen Hilfe und schärfste Stellen nicht ausfindig zu machen seien, sondern das leidenschaftslos im Interesse der beiden Länder zu prüfen sei. Es sei eine Lösung möglich, aber sie brauche Zeit und Geduld. Man sei beiderseits zu einer ersten Verständigung gelangt. Wir sind keine Feinde, die sich den Anschein von Freunden geben, sondern Freunde, die den Versuch machen, die in den letzten Jahren entstandenen Schwierigkeiten zu beheben. Die Londoner Konferenz ist nach wie vor auf den 16. Juli angesetzt, es wäre sehr gefährlich gewesen, sie zu vertagen. Wir haben Amerika aufgefordert, daran teilzunehmen. Wenn wir sie auch nur einen Tag verschieben, so würden sie die Folgen erleben. Das Ergebnis unserer Zusammenkünfte hat Gestalt angenommen in einer gemeinsamen Note, die an die Stelle der beiden Memoranden, enthaltend den englischen Standpunkt einerseits und die französische Auffassung anderseits, treten wird.

Im Anschluß daran stellte Derriot fest, daß in der gemeinsamen englisch-französischen Note die Tagesordnung der Konferenz nicht endgültig geregelt worden sei und daß in der Folge vielleicht noch Fragen von minderer Bedeutung hinzugefügt werden würden.

Darauf ergriff Macdonald noch einmal das Wort und erklärte: Die englisch-französische Note ist eine gemeinsame Erklärung über unsere Absichten. Sie wird sämtlichen übrigen Alliierten zugehen nicht als eine endgültige Entscheidung, sondern als eine Reihe von französisch-englischen Vorschlägen.

Die beiden Regierungen haben einen vorläufigen Meinungsaustausch über die Sicherheitsfrage vorgenommen. Sie haben festgestellt, in welchem Grade die öffentliche Meinung die Verfehlung eines völligen Friedens wünscht, und sie sind darüber einig, daß sie dieses Ziel mit den besten Mitteln anstreben werden, bis das Problem der allgemeinen Sicherheit der Nationen eine endgültige Lösung findet.

Macdonalds Rückreise nach London.

Paris. Der englische Premierminister Ramsay Macdonald hat gestern um 4 Uhr 20 Min. die Rückreise nach London angetreten. Ministerpräsident Derriot begleitete ihn zum Bahnhof.

Die Aufnahme der gemeinsamen Erklärung.

Paris. (Funkpruch.) Die Agentur Havas veröffentlicht einen offiziellen Kommentar zu der gestern abend veröffentlichten gemeinsamen Erklärung Macdonalds und Derriotics, in dem es heißt, das Schriftstück erinnere daran, unter welchen Bedingungen der Sachverständigenplan zunächst von der Reparationskommission und dann von den Regierungen gebilligt worden sei. Die letzteren seien allein in der Lage, seine Ausführung zu sichern. Auf diese Weise werde Deutschland die Verzögerung der Reparationen wieder aufnehmen. Die Alliierten würden aber zu einer gemeinsamen Aktion gelangen. Auf der Londoner Konferenz, an der diesmal die Vereinigten Staaten offiziell mitzuarbeiten bereit seien, müßten die Kompetenzen der Reparationskommission im vollen Umfange gewahrt werden. Der Vorschlag, die etwaigen Verfehlungen Deutschlands durch ein neues Organ feststellen zu lassen, sei als völlig ausgegeben, insofern hätten die alliierten und die neutralen Geldgeber, die zur Erfüllung der Forderungen Frankreichs an Deutschland beitragen, ein Anrecht auf besondere Garantien. Zu diesem Zwecke solle sich die Reparationskommission einen Amerikaner beordnen für den Fall der Feststellung einer deutschen Verfehlung. In dieser Beziehung wird durch die Rückkehr zu den normalen Dispositionen des Versailler Vertrages eine tiefliegende Ursache der Meinungen zwischen Paris und London vermindert. Sache der Reparationskommission werde es sein, den Zeitpunkt zu bestimmen, an dem der Sachverständigenplan in Kraft trete, um die Bedingungen für seine Inkraftsetzung im Einklang mit der Londoner Konferenz vorzubereiten. Schon jetzt verpflichte sich die englische Regierung, mit den beteiligten Mächten über die Lösung der Frage der interalliierten Schulden und der französischen Sicherheit zu verhandeln. Der Kommentar schließt, Deutschland werde nicht an der Konferenz am 16. Juli hinzugesogen werden, deren Vorbereitungen bereits am kommenden Montag unter den französischen und englischen Sachverständigen beginnen werden. Es scheint aber, als wolle die Reparationskommission nicht mit der interalliierten Konferenz an Ort und Stelle zusammenarbeiten.

Bevölkerung den dringenden Appell zu richten, der Kontrolltätigkeit keinerlei demonstrativen Widerstand entgegenzubringen. Deutschland erwarte, daß die Militärkontrolle nunmehr ihren endgültigen Abschluß finde und habe daher ein dringendes Interesse daran, daß die abwickelnde Ueberwachung reibungslos vor sich gehe und keine Verzögerungen erleide.

David demokratischer Präsidentschaftskandidat.

New York. Der demokratische Konvent hat David als Präsidentschaftskandidat nominiert. New York. (Funkpruch.) Der demokratische Konvent hat Bryan, Gouverneur von Nebraska, den Bruder von William Jennings Bryan, zum Vizepräsidenten nominiert.

Die Wiederaufnahme der Militärkontrolle.

Berlin, 10. Juli. Wie wir hören, werden die Interalliierten Kontrollorgane ihre Tätigkeit in Deutschland in etwa 14 Tagen wieder aufnehmen. Die Reichsregierung wird Beratungen nehmen, in einem Aufzug an die

der Kontrollarbeiten will die Botschafterkonferenz sich nicht an das von Deutschland vorgeschlagene Datum binden. Sie spricht aber davon, daß die Arbeiten so schnell als möglich beendet werden sollen und vor allen Dingen, daß die Durchführung der 5 Punkte gleichzeitig mit der Generalinspektion vor sich gehen soll. Das letztere ist ein ausdrückliches Aushandlungs der Botschafterkonferenz an Deutschland. Die Generalinspektion soll am 30. Juli beginnen.